



AUTOREN



PD Dr. Michael Bräuninger

Leiter des Kompetenzbereiches „Wirtschaftliche Trends“ im HWWI

Tel: 040 - 34 05 76 - 330



Dr. Andreia Tolciu

Senior Economist im HWWI

Tel: 040 - 34 05 76 - 342

ARBEITSMARKTPOLITIK

Ginge es nur um Geld, gäbe es im Osten keine Friseurinnen mehr *oder* Warum Deutschland keine Diskussion zur Senkung der Arbeitsmoral braucht

Obwohl die Karlsruher Richter in ihrem Urteil über Hartz-IV-Regelsätze ausdrücklich nicht von einer Erhöhung, sondern lediglich von einer Neuberechnung der Regelsätze sprachen, wurden in den letzten Tagen Stimmen immer lauter, die eine Aufstockung verlangen. Ob damit den Empfängern neue Perspektiven eröffnet werden, ist jedoch offen. Tatsächlich können durch eine Erhöhung der Regelsätze, abgesehen von den sofort spürbaren monetären Kosten, weitere unerwünschte Nebenwirkungen entstehen. Diese könnten langfristig eine noch prägendere Wirkung auf dem deutschen Arbeitsmarkt entfalten. Wesentlich ist dabei eine gegebenenfalls (sinkende) Arbeitsmoral der Arbeitnehmer, insbesondere derjenigen, die sich bewusst für Arbeit entscheiden, obwohl ihre finanziellen Vorteile nur geringfügig höher als bei Hartz IV-Empfängern sind.

Die vorherrschenden Einstellungen einer Gesellschaft bezüglich Arbeit haben, obwohl nicht auf den ersten Blick erkennbar, durchaus relevante wirtschaftspolitische Implikationen. Die ökonomische Theorie sozialer Interaktionen zeigt, dass die derzeitige Sozialstaatsdebatte nicht mehr nur auf eine klassische monetäre Kosten-Nutzen-Analyse reduziert werden kann. Denn Menschen lassen sich nicht nur vom ökonomischen Kalkül leiten, sondern auch vom Gefühl, etwas zu leisten und gebraucht zu werden.

Ebenso ist die ungeschriebene soziale Norm bedeutsam, dass jedes leistungsfähige Individuum aus eigenen Kräften versuchen muss, seine Existenz zu sichern und nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben darf. Diese nicht-monetären Faktoren, die das Verhalten und die Mentalität vieler Arbeitnehmer prägen, könnten unter anderem erklären, warum es im Osten doch noch Friseurinnen gibt oder warum sich Vollzeitbeschäftigte in den Niedriglohngruppen mit Kindern für Arbeit entscheiden, obwohl sie am Monatsende nur geringfügig mehr als Hartz IV-Familien in der Tasche haben.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Verengung der aktuellen Diskussion auf zusätzliche Leistungen des Staates und die – durchaus berechnete – Anschlussfrage der Finanzierbarkeit eindimensional. Vielmehr sollten die Entscheidungsträger auch soziale Einflussfaktoren, wie eben die (noch) relativ stark ausgeprägte Arbeitsmoral, viel intensiver im Blick haben. Denn der Zusammenhang zwischen Arbeitsmoral und Arbeitsmarkt ist sehr komplex und kann, wie in einem Teufelskreis, breitgefächerte Auswirkungen entwickeln.

Erwerbslos zu sein bedeutet für viele Menschen nicht nur den Verlust einer existenzsichernden Einkommensmöglichkeit, sondern gleichzeitig einen Verlust an Identität. Empirische Untersuchungen für ver-

schiedene industrialisierte Länder auf Basis von Umfragen zur individuellen Lebenszufriedenheit zeigen, dass Arbeitslose weit weniger glücklich sind als Beschäftigte, selbst unter Berücksichtigung eines niedrigen Einkommens bei den Letzteren. Das „Wohlbefinden“ der Arbeitslosen variiert aber mit der Anzahl der in ihrem Umfeld zusätzlich lebenden Arbeitslosen. Offensichtlich wird alleine, arbeitslos zu sein, viel schlimmer empfunden als die Situation, in der auch Freunde und Bekannte arbeitslos sind. In diesem Fall wird die eigene Situation, obwohl dramatisch, als erträglicher empfunden. Arbeitslosigkeit wird als eine kollektive Erfahrung betrachtet. Darüber hinaus erfolgt in vielen Fällen eine gewisse Anpassung an die neue Situation, so dass der Tagesablauf mit mehreren gleich betroffenen Personen viel attraktiver gestaltet werden kann.

Das erhöhte „Wohlbefinden“ der Arbeitslosen, die in einem von Arbeitslosigkeit geprägten Umfeld leben, spiegelt jedoch nicht nur einen gewissen Anpassungsmechanismus wider, sondern betont vielmehr die Stärke der Arbeitsmoral, die in

den Referenzgruppen vorherrscht. In dieser Hinsicht wurde in einer Reihe von Studien nachgewiesen, dass in Gruppen mit höheren Arbeitseinstellungen das „Wohlbefinden“ der Arbeitslosen niedriger ist. In einem Umfeld mit niedrigen Arbeitseinstellungen ist es wiederum höher. Dieses Ergebnis erklärt sich aus den relativ hohen nicht-monäteren Verlusten, wie zum Beispiel Ansehensverlust, die die in einer „hohen Moralgruppe“ lebenden Arbeitslosen erdulden müssen.

Es zeigt sich zudem, dass die Arbeitsmoral regional sehr unterschiedlich ausgeprägt ist und mit der Höhe der Arbeitslosigkeit zusammenhängt. Eine regional hohe Arbeitslosigkeit geht also mit einer niedrigen Arbeitsmoral einher und umgekehrt. Dabei ist die Arbeitsmoral in Ostdeutschland geschichtlich bedingt insgesamt höher.

Aus diesen Zusammenhängen lässt sich eine klare Botschaft ableiten: Das Arbeitsengagement derer, die sich jeden Morgen auf dem Weg zur Arbeit machen, darf nicht in Frage gestellt werden. Anreize, einen Job anzunehmen, eben weil Arbeit

und hohe Einstellungen gegenüber Arbeit in unserer Gesellschaft geschätzt und notwendig sind, dürfen nicht schrumpfen. Eine Erhöhung der Regelsätze könnte vor allem Geringverdienern signalisieren, dass Nichtstun nicht schlechter als Arbeit ist.

Eine generelle Anhebung der Regelsätze könnte so einen Teufelskreis zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsmoral aktivieren, der nur schwer umzukehren ist. In diesem Fall würde die höhere Unterstützung zu individuell etwas geringeren Anstrengungen führen. Insgesamt steigt die Arbeitslosigkeit und wird gegebenenfalls tolerabler. So sinkt auch die soziale Norm der Leistungsbereitschaft. Dies führt dann zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Damit würde es zur einer Revision des, durch die Hartz-Gesetze ausgelösten Prozesses kommen, in dem sowohl die strukturelle, als auch die langfristige Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist.

Eine leicht geänderte Fassung dieses Beitrags ist am 10. März 2010 auf Spiegel Online (www.spiegel.de) erschienen.